

Vortrag am

INSTITUT FÜR DEN DONAURAUM UND MITTELEUROPA

Wien, 24.1.2005

**DIE INFORMATIONSGESELLSCHAFT
IN DER ERWEITERTEN EU**

**von
Wolfgang Streitenberger
Conseiller**

**Generaldirektion Informationsgesellschaft
EUROPÄISCHE KOMMISSION
Brüssel**

Liebe Gastgeber,

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Einleitung

Vielen Dank für die ehrende Einladung, zu Ihnen heute Abend sprechen zu dürfen. Mein Thema – Die Informationsgesellschaft in der erweiterten EU – steht in einem interessanten Kontrast zu diesem Ort hier. – Das Haus-, Hof- und Staatsarchiv ist ja nicht nur ein treffendes, sondern auch schönes Symbol dafür, wie die Informationsgesellschaft der vergangenen Jahrhunderte ausgesehen hat, welche Spuren sie hinterliess. – Sie vererbte uns Spuren auf Papier, in manchen frühen Epochen noch sehr wenige, aber immerhin. Gott sei Dank wurde zumindest das Wichtigste aufgeschrieben! Welche Spuren jedoch wird unsere zukünftige Informationsgesellschaft hinterlassen? Sie werden sagen: Noch mehr Papier, stimmt vielleicht; aber was hinterlässt sie alles nicht? Telefongespräche, e-mails, Internetseiten – ausser diese werden aufgezeichnet und konserviert. Aber werden wirklich die wichtigsten aufgezeichnet und aufgehoben? Oder gerade diese nicht? Und wenn doch, wie lange werden sie sich auf welchem Trägermedium erhalten?

Keine Angst, ich werde Sie nicht weiter mit solchen Spekulationen betrüben. Mein heutiges Thema ist nämlich kein medienphilosophisches, sondern eigentlich ein wirtschafts- und technologiepolitisches.

Ausgangslage und Problemstellung

Wenn ich im folgenden von der Informationsgesellschaft spreche, dann beschränke ich mich auf einen bestimmten Aspekt der Gesellschaft. Ich werde mich nämlich auf die technisch-wirtschaftlichen Voraussetzungen konzentrieren, die es einer Gesellschaft und ihren Mitgliedern überhaupt erst ermöglicht, in immer grösserem Umfang, immer rascher und in immer besserer Qualität Informationen zu produzieren und auszutauschen. Diese Voraussetzungen sind die Informations- und Kommunikationstechnologien, im englischen Information and Communication Technologies bezeichnet und mittlerweile universell mit ICT abgekürzt.

Welches Bild bietet sich uns aus sozusagen geopolitischer Sicht?

Um Sie nicht mit Detailzahlen zu langweilen nur ein paar plakative Aussagen:

Die Verbreitung moderner ICT ist im Europa der 15 im Durchschnitt niedriger als in den USA. Einzelne europäische Länder wie die skandinavischen Staaten übertreffen jedoch PC -, Mobiltelefon- sowie Internetverbreitungsquoten der USA. Mit der Erweiterung ist der EU Durchschnitt dieser Verbreitungsquoten gesunken – nicht überraschend, sind eben etliche der neuen Mitgliedstaaten erst am Beginn ihres wirtschaftlichen Modernisierungsprozesses. Die ICT-Position der EU 25 vis a vis den USA ist somit schwächer als die der EU 15.

Aber wir dürfen hier in der EU-Erweiterung keinen „Schuldigen“ für das Hinterherhinken der EU sehen. Denn schon vor der Erweiterung zeigte die EU Schwächen gegenüber den USA. Obwohl anerkannt ist, dass 40 % des Wirtschaftswachstums mit Produktion und Nutzung von ICT zusammenhängen und obwohl sichtbar war, dass das US-Wirtschaftswachstum während der letzten Jahre deutlich über dem europäischen lag, wurde in der EU nur die Hälfte dessen in ICT - gemessen am BIP - investiert, was diesbezüglich in den USA getätigt wurde.

Der ICT Sektor trägt mittlerweile mehr als 8% zum BIP der EU bei – also beispielsweise mehr als das Doppelte der Landwirtschaft. Er ist einer der innovativsten europäischen Sektoren – 18% der

EU-Forschungsaufwendungen fließen in ihn – doch die Amerikaner stecken sogar 30 % ihrer gesamten Forschungsgelder allein in den ICT Sektor, der keinen wesentlich größeren Anteil am USA - BIP hat als der europäische

ICT, Produktivität und Wachstum

Lassen Sie mich an dieser Stelle etwas näher auf den Zusammenhang ICT und Produktivität eingehen.

Viele wirtschaftswissenschaftliche Studien haben deutlich gemacht, dass Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung langfristig nur dann gesichert werden können, wenn sie aus Produktivitätswachstum und Innovation resultieren. Über Jahrzehnte haben wir in Europa eine Kombination von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt verfolgt und Umverteilungsmechanismen in die Marktwirtschaft eingebaut – eben eine soziale Marktwirtschaft errichtet. Allerdings warnen Wirtschaftsforscher neuerdings mehr und mehr, dass dieses Modell nur aufrechterhalten werden kann, wenn wir Produktivität und Innovation erheblich steigern.

Produktivität ist das Schlüsselwort für Wachstumschancen und Wachstum. Ironischerweise wurde gerade in den Jahren der „New economy“ oft die Bedeutung von ICT für das Wirtschaftswachstum bezweifelt. Heute, Jahre nach der Debatte um die „new economy“,

herrscht allgemein die Meinung, dass die Hauptquelle der Beschleunigung der Produktivität in den USA deren höhere Investitionen in den ICT Sektor sind – die Zahlen habe ich vorhin bereits genannt.

Seit den Mittneunzigern – und damit das erste mal seit Dezennien - ist die EU auf einem langsameren Pfad des Produktivitätswachstums als die USA. Jüngste US-Studien zeigen, dass dies Resultat der besseren Erfolge in weiten Bereichen der ICT produzierenden Industrien und ICT anwendenden Dienstleistungsbereiche ist. Die USA dürften insbesondere deshalb profitiert haben, weil sie mit beträchtlichen Investitionen auch traditionelle Dienstleistungsbereiche wie Einzel- und Grosshandel und die Finanzdienstleistungen zu umfassenden ICT-Nutzern modernisierten.

Aber Europa hat auch seine Stärken. Bei uns ist der Dienstleistungsbereich der elektronischen Kommunikation stärker als in den USA und lieferte den wesentlichsten Beitrag zum Produktivitätswachstum in der EU.

Der europäische Dienstleistungsbereich der elektronischen Kommunikation hat von einer grösseren Zahl von Netzbetreibern und von einer begünstigenden Deregulierungspolitik profitiert. Die Liberalisierung im Telekom-Bereich hat im richtigen rechtlichen

Rahmen stattgefunden. Der Erfolg der Mobilkommunikation ist grösstenteils auf wettbewerbsorientiertere Märkte und auf die Rolle eines einzigen Mobiltelefon-Standards, GSM, zurückzuführen.

Unbestritten ist also ICT ein Auslöser, eine Voraussetzung für Produktivitätswachstum. Die zentrale Aufgabe ist heutzutage allerdings nicht so sehr, wie viel wir in ICT investieren sollen, sondern eher wie die Informations- und Kommunikationstechnologien genutzt werden können und sollen. Es geht nicht darum, sich auf Technologie um der Technologie willen zu konzentrieren.

Um nämlich die Früchte der ICT zu ernten, müssen wir heutzutage vermehrt in die Reorganisation der Unternehmen und Verwaltungen investieren, sie also damit besser instandsetzen, ICT anzuwenden und zu nutzen. Weiters müssen wir vermehrt in die Ausbildung der Mitarbeiter der Unternehmen und Verwaltungen investieren, damit sie die nötigen Kenntnisse zur optimalen Nutzung der modernen ICT erlernen.

Leider aber ist das Vordringen neuer Technologien oft langsam. Unternehmen benötigen viel Zeit, um sie anzunehmen, ihre Organisationsstrukturen entsprechend anzupassen, effiziente Geschäftsvorgänge aufzubauen. Wenn man in Betracht zieht, dass in Europas Wirtschaft weniger und später als in den USA in ICT

investiert wurde, dann muss man sich leider auch auf ein Hinterherhinken bei den positiven Effekten dieser Investitionen gefasst machen.

Die Europäische Kommission hat voriges Jahr eine Mitteilung unter dem Titel verabschiedet, der englisch sicher besser klingt als deutsch, nämlich „Connecting Europe at High Speed“. Darin wird die nach wie vor bestehende Bedeutung von ICT für das Wirtschaftswachstum unterstrichen. Um die Früchte von ICT zu ernten, muss die Europäische Union aber auch aktiv die Nutzung von ICT vorantreiben. Die EU muss weiters optimale Voraussetzungen für die Weiterentwicklung des ICT-Sektors schaffen.

Um das zu erreichen, müssen weitere Aktionen in jenen Bereichen gesetzt werden, aus denen schon jetzt die Europäische Politik der Informationsgesellschaft verläuft.

Die ICT-Politik der EU

Lassen Sie mich daher zunächst einmal rekapitulieren, wie sie in ihren Grundlinien aussieht.

In Europa verläuft die ICT-Politik in drei Strängen:

Regulatorischer Rechtsrahmen

Erstens wurde ein neues Regulierungssystem, also ein neuer regulatorischer Rechtsrahmen entworfen, der den Wettbewerb fördert. Ein berechenbares rechtliches Umfeld wurde geschaffen, um Investitionen in die Märkte zu stimulieren – denken Sie bitte an den Telekomsektor. Unser europäisches Regulierungssystem ist technologieneutral und ist flexibel genug, um sich an rasch wandelnde Märkte anzupassen. Die rasche und effiziente Umsetzung des neuen Regulierungssystems ist essentiell für die Entwicklung einer modernen Kommunikationsinfrastruktur. Und das gilt nicht nur für die „alten“ Mitgliedsstaaten, sondern insbesondere für die neuen. Sie sind es ja, die ihr Kommunikationswesen und ihre Wirtschaften ganz allgemein noch mehr an die „alten“ Mitgliedstaaten anpassen müssen.

Von der Liberalisierung und Anwendung des neuen Regulierungssystems in den neuen Mitgliedstaaten kann mit Recht erwartet werden, dass damit das Wachstumspotential dort wesentlich verbessert wird. Die Kandidaten- und Beitrittsländer, also die Staaten der nächsten Erweiterungsrounden, sollten jede Anstrengung unternehmen, um den Prozess der Anpassung ihrer nationalen

Gesetzgebungen mit dem Beitrittsdatum abgeschlossen und die Transposition unseres Regulierungssystems durchgeführt zu haben.

Forschungsförderung

Der zweite Strang, auf dem die europäische ICT-Politik verläuft, ist die Förderung von Forschung und Entwicklung. Dies ist eine strategische Aktivität, die sicherstellen soll, dass kontinuierlich Innovation betrieben und damit die Wettbewerbsfähigkeit langfristig gegenüber den Konkurrenten gestärkt wird.

Auf EU-Ebene wird das mittlerweile sechste Rahmenprogramm für die Förderung von Forschung und Entwicklung verwirklicht, wobei für den Bereich ICT allein mehr als 4 Milliarden Euro im Zeitraum 2002 bis 2006 bereitgestellt wurden. Ich möchte darauf hinweisen, weil das vielleicht allgemein weniger bekannt ist, dass wir im Forschungsförderungsbereich die letzte EU-Erweiterung nicht erst am 1. Mai 2004 hatten, sondern de facto schon Jahre vorher. Mit den Assoziierungs- bzw. Europaabkommen erlangten die damaligen Kandidatenländer schon in den Neunzigerjahren Zugang zum laufenden EU-Forschungsförderungsprogramm. Sie nehmen seither daran sehr aktiv mit zahlreichen eingereichten Forschungsprojekten Teil.

– Ich erinnere mich noch gut daran, dass ich einen Moment lang erstaunt war und geglaubt hatte, ich wäre irrtümlich in eine falsche Veranstaltung gelangt, als ich nämlich vor zwei Jahren erstmals den Saal betrat, in dem Vertreter aller Teilnehmerländer am 6. Rahmenprogramm berieten. Waren da doch nicht nur die Fahnen der damaligen nächsten 10 und zwei übernächsten Erweiterungsländer zu sehen, sondern auch noch die der assoziierten Staaten Türkei und Israel, sowie die der EWR Staaten Norwegen und Island und – der Schweiz, die weder assoziiert noch EWR-Mitglied ist, sich aber sozusagen per Sonderabkommen an das 6. Rahmenprogramm angeschlossen hat. Die Forschungsförderungs-EU besteht also derzeit aus 32 Mitgliedstaaten, in der Forschungsförderung sind wir geographisch somit weiter integriert als in anderen Bereichen! Darüber hinaus können sogar Forschungsprojekte aus Drittstaaten an den Ausschreibungen teilnehmen und Förderung spezieller Kosten ihrer internationalen Kooperation erhalten. Der EU kann also im Hinblick auf Forschungsförderung nicht vorgeworfen werden, eine „Festung Europa“ zu sein.

Die Vergabe der Fördergelder erfolgt nach Evaluierung der auf öffentliche Ausschreibungen eingereichten Forschungsprojekte. In der laufenden Ausschreibung, im call 4, haben wir erstmals ein strategisches Ziel eingebaut, demzufolge die

ICT-Forschungsanstrengungen bei eHealth, eGovernment, eBusiness und eLearning speziell in den neuen Mitgliedstaaten gefördert werden.

Die Europäische Kommission hat vor kurzem ihren Vorschlag für die Finanzierung des nächsten, also des 7. Rahmenprogrammes für die Periode 2007-2013 vorgelegt. Es unterstreicht abermals die wachstumsfördernde Rolle von ICT und die Notwendigkeit, die entsprechenden Investitionen zu stimulieren, damit die Wirtschaft ICT-Forschungsergebnisse auch übernimmt und einsetzt. Die Bedeutung der weiteren ICT-Forschung ist explizit erwähnt. Für die Experten unter Ihnen erwähne ich nur schlagwortartig, dass zum Beispiel Nanotechnologien, Mobilkommunikation und „embedded systems“ als Schwerpunkte gesehen werden, aber auch die kooperative ICT-Forschung schlechthin und Forschungsinfrastrukturen wie Geant und GRID.

Unser Vorschlag für die Finanzperspektiven 2007-2013 sieht eine Verdopplung der EU-Forschungs-Fördermittel vor und ICT sollte eine Dotation erhalten, die seiner die Wettbewerbsfähigkeit stützenden Rolle entspricht. Aber Forschungsförderung ist nicht nur Aufgabe der EU, sondern auch der Mitgliedstaaten. Wir versuchen sie zu überzeugen, dass ihre Volkswirtschaften mehr als 3% des BIP für Forschung und Entwicklung ausgeben müssen, und damit auch die Förderungen der öffentlichen Hand entsprechend zu erhöhen wären.

Derzeit liegt die EU mit 1,98 % deutlich unter den rund 3%, die z.B. auch von den USA und Japan ausgegeben werden.

eEurope

Der dritte Strang unserer ICT-Politik läuft unter der Bezeichnung „eEurope“, einem Instrument, das die Nutzung von ICT stimulieren und die Informationsgesellschaft ausbreiten soll. eEurope beinhaltet Austausch von „best practices“ im Bereich der Forschung und Forschungsförderung; weiters betreiben die Mitgliedstaaten im Rahmen des eEurope „benchmarking“, also Wettbewerb untereinander, wer wie die besten Erfolge erzielt. Unter eEurope wird weiters auch die Koordination der ICT-Politiken verstanden. eEurope ist übrigens eines der Hauptinstrumente der Lissabon-Strategie. Ich darf erinnern, dass das Lissabon Ziel nach wie vor lautet, Europa bis 2010 zur grössten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaft der Welt zu machen. Unser neuer Präsident Barroso hat übrigens gleich am Anfang seines Amtes das Festhalten am Lissabon Ziel als einen seiner Hauptprogrammpunkte verkündet.

Der gegenwärtige eEurope Aktionsplan setzt auf das Zusammenspiel von Förderung einer sicheren Breitband-Infrastruktur einerseits und Förderung von attraktiveren Kommunikationsinhalten („content“),

elektronischen Dienstleistungen und Anwendungen der ICT im Gesundheitsbereich (eHealth), im Verwaltungs- und Politikbereich (eGovernment) und im Wirtschaftsleben (eBusiness) andererseits. Diese Strategie des Zusammenspiels sollte zu einem Circulus virtuosus führen und das alte Henne-Ei-Problem lösen, das heisst eine Situation beheben, wo qualitativ hochwertigere und nützlichere Kommunikationsinhalte auf ein rascheres Internet warteten und umgekehrt.

eEurope 2005 wurde zur Halbzeit überprüft, nachdem eine breite öffentliche Konsultation stattfand, die auch die Anregungen von Beitritts- und Mitgliedsländern aufnahm. Das Hauptergebnis des Konsultationsprozesses war aber jedenfalls, dass eEurope als adäquates Instrument bei der Verwirklichung der „Informationsgesellschaft“ auch in den neuen Mitgliedstaaten und Beitrittsländern betrachtet wird.

Lassen Sie mich ein paar sehr aktuelle Hauptprobleme der ICT-Politik etwas näher ausführen, auch im Hinblick auf die Situation der erweiterten EU.

Breitband

Zunächst zum Thema Breitband

Als Nichttechniker möchte ich vorab für Nichttechniker versuchen, den Terminus „Breitband“ kurz zu definieren. Er kann als eine Technik bezeichnet werden, die die Netzwerkkapazität von 100KB pro Sekunde auf 3MB pro Sekunde in einem bestimmten Standard, im ADSL Standard erhöht. Breitband erlaubt also quantitative und qualitativ verbesserte und raschere Datenübertragung auf bestehenden Netzen. Je hochqualitativer neue e-Angebote sind, desto mehr bedürfen sie dieses Breitbandes.

Die möglichst allgemeine Verfügbarkeit und Nutzung des Breitbandes ist eines der Ziele von eEurope. Sie beeinflussen die Produktivitätsentwicklung positiv, weil Breitband die geeignete Infrastruktur für die Bereitstellung fortgeschrittener Dienstleistungen ist. Und diese fortgeschrittenen Dienstleistungen –denken Sie bitte an eGovernment, eHealth, e Business- sind bitter notwendig für die Reorganisation der Arbeits- und Produktionsprozesse.

Die rasche Verbreitung der Breitbandanschlüsse während der letzten Jahre ist ermutigend: Ende 2003 gab es mehr als 20 Millionen Anschlüsse in der EU. Einige EU-Staaten liegen vor den USA, jedoch immer noch hinter dem Spitzenreiter - Südkorea.

Um das Wirtschaftswachstum zu stimulieren, haben sich unsere Mitgliedstaaten verpflichtet, nationale Strategien zur Breitband-Verbreitung spätestens Ende 2003 zu starten. Daher laufen bereits Aktionen sowohl auf der Bedarfs- als auch Angebotsseite.

In der Europäischen Wachstums-Initiative (European Growth Initiative) wurde demgemäss auch vorgeschlagen, dass die Mitgliedstaaten sogenannte quick-start-Projekte lancieren und wir sie aus Strukturfonds-Mitteln dotieren. Mit diesen Projekten soll ein Hauptproblem der aktuellen Informationsgesellschaft - der sogenannte „digital divide“- verkleinert werden. Digital divide - das ist die Spaltung der Informationsgesellschaft, in der zum Beispiel bestimmte Altersgruppen, geographische Regionen, Berufsgruppen extrem unterschiedliche Zugangsmöglichkeiten, Nutzungsverhalten und Besitzquoten von PC, Internet, Mobiltelefon, Breitbandanschluss und Kenntnissen aufweisen, wie mit diesen Dingen umzugehen ist.

Auf der Nachfrageseite sollten die Regierungen eine wichtige Rolle spielen, indem sie Schulen, Spitäler und Verwaltungen mit Breitbandanschlüssen versorgen; indem die Verwaltungen selbst mehr Breitband-basierte Anwendungen nutzen und indem sie die Entwicklung von neuem Kommunikationsinhalten und neuen eDienstleistungen stimulieren.

Wir haben mittlerweile nationale Breitband-Strategien nicht nur von „alten“, sondern auch einigen neuen Mitgliedstaaten. Sicherlich werden auch die derzeitigen Beitritts- und Kandidatenländer diesem trend folgen wollen.

Sicherheit

Ein anderes Kernproblem der Informationsgesellschaft ist ihre Sicherheit, nämlich die Sicherheit der elektronischen Kommunikation. Permanentes Angeschlossensein an Breitband macht uns gegenüber Cyber-Attacken noch verwundbarer. Viruse, Hackerattacken und Spam verlangen mehr und mehr Aufmerksamkeit. Darum auch unterstrich eEurope 2005 die Wichtigkeit der Netzwerk-Sicherheit und der Schaffung einer Vertrauensbasis zwischen jenen, die über elektronische Netze anbieten und jenen, die konsumieren.

Die gesetzliche Grundlage für die neue European Network and Information Security Agency ENISA ist bereits in Kraft und die Agentur wird in Kreta gerade aufgebaut. Die neuen Mitgliedstaaten haben bereits bei den Vorbereitungen mitgewirkt und ihre Regierungen und Verwaltungen sind daher jetzt auch voll an den Aufbauarbeiten beteiligt.

„Content“

Ein wichtiges Thema bei Diskussionen um ICT sind – Gott sei Dank – auch die Kommunikationsinhalte und Dienstleistungen, die über die Netze transportiert werden sollen. Es ist klar, dass beispielsweise interaktive Anwendungen im Bereich eHealth, eGovernment, eLearning und eBusiness-Angebote die Nachfrage nach den Anschlüssen, über die sie zu beziehen sind, Breitband, verstärken wird.

eGovernment Dienstleistungen können die Art und Weise transformieren, in denen öffentliche Verwaltungen arbeiten. eGovernment verstärkt die Beteiligung der Bürger am öffentlichen Leben, viel wird unter der Bezeichnung eParticipation, eVoting und eDemocracy geforscht und in ersten Anwendungen erprobt, um auch die demokratischen Willensbildungs- und politischen Entscheidungsprozesse dank des Einsatzes von ICT zu modernisieren. eGovernment wandelt überdies die Natur der angebotenen Dienste und bietet den Verwaltungen ein grosses Effizienzsteigerungs- und Einsparungspotential.

Dem Privatsektor schliesslich obliegt die Entwicklung innovativer Kommunikationsinhalte („content“), nicht nur von neuen Computerspielen also. Anbieter von neuen Dienstleistungen mit

interaktivem Charakter werden Partner ausserhalb des Telekommunikationssektors finden müssen um diese Innovationen zu standezubringen. Die Partner werden typischerweise aus der „multimedia community“ stammen. Multimedia community, das sind also die „content providers“ von Film über Presse bis hin zu Agenturen und Computerspielerzeugern.

Zusammenfassung

Lassen Sie mich zum Schluss kommen und zusammenfassen.

eEurope+ als speziell auf die damaligen Beitrittsländer zugeschnittene eEurope –Strategie hat diese mittlerweile neuen Mitgliedstaaten, aber auch die Kandidatenländer in eine gute Startposition für die Teilnahme an eEurope 2005 gebracht. Seit dem Start von eEurope + haben diese Länder eindrucksvolle Fortschritte in der Transformation ihrer Wirtschaften gemacht. eEurope+ hat die Verbreitung von ICT in den neuen Mitgliedstaaten stark animiert und stimuliert.

Liberalisierung ist erreicht worden. Sie hat gröbere Umstrukturierungen erfordert, einschliesslich der Trennung von Eigentümerschaft und Regulierung von Telekommunikationsnetzen. Auch die Schaffung von unabhängigen Regulierungsbehörden war

notwendig. Ist einmal das neue Regulierungssystem geschaffen, sind auch die neuen Mitgliedsstaaten bestens auf die Entwicklung einer modernen Telekommunikationsinfrastruktur vorbereitet, weil damit die Sicherheit für potentielle Investoren erhöht ist.

Ich habe Breitband als Schlüsselement von eEurope 2005 erwähnt und die Wichtigkeit der entsprechenden Umsetzungsstrategien der EU 15 Staaten und einiger neuer Mitgliedstaaten betont. Wir können nur abermals und alle Mitgliedstaaten auffordern, solche Breitbandstrategien zu aktivieren.

Das bedeutet zu stimulieren, dass Breitband nicht nur in Städten, sondern überall und selbst im hintersten Winkel Europas verfügbar ist. Und es bedeutet auch die Förderung von Breitbandanschlüssen mit innovativen Angeboten, die die Menschen wollen und brauchen.

Die Investitionen in die Ausbildung für den Umgang mit all den neuen Dingen des ICT Bereiches muss in alten wie neuen Mitgliedstaaten, Beitritts- und Kandidatenländern weitergeführt werden. Bestimmte Grundkenntnisse sind ja einfach nötig, wenn man in der Informationsgesellschaft aktiv auftreten, ICT aktiv nutzen möchte. Investitionen in das Humankapital sind daher ein Schlüsselement für die Erzielung von Produktivitätszuwächsen.

Dank der grossen Tradition in den Naturwissenschaften und in der Mathematik in vielen neuen Mitgliedstaaten und Beitrittsländern ist es nicht unrealistisch anzunehmen, dass diese Länder führend in der ICT Innovation werden.

Wenn man die eindrucksvollen Statistiken des eEurope+ Fortschrittsberichts durchsieht, ist es durchaus vorstellbar, dass einige neue Mitgliedstaaten die alten in verschiedenen Bereichen der ICT und Informationsgesellschaft überrunden werden. Ich denke hier vor allem an das kleine Estland, das unglaubliche Anstrengungen und Erfolge z.B. in der Umsetzung von eGovernment vorzeigen kann.

Wegen ihrer Geschichte, ihrer Entschlossenheit und dem politischen „Commitment“ bin ich für die neuen Mitgliedsstaaten sowie Beitritts- und Kandidatenländer sehr zuversichtlich, dass sie die hochgesteckten Ziele der Informationsgesellschaft auch erreichen werden. Sie werden damit innerhalb ihrer Länder und zwischen den Staaten Europas die soziale und kulturelle Kohäsion verbessern und die wirtschaftliche Integration vertiefen.